

Gender Budgeting

oder – wie viel Finanzplanung braucht die
Gleichstellungspolitik?

19.01.2011

Agnes Witte

„Gender Budgeting „**oder – wie viel Finanzplanung braucht die Gleichstellungspolitik?**

Text zur Folienpräsentation für die Sitzung der AsF-Projektgruppe Gleichstellung am 19. Januar 2011 in Kiel

Anmerkung:

Ich habe im Wesentlichen frei gesprochen ... und den Text anhand meiner Notizen nachträglich zusammengestellt.

Die Folien liegen als Flash-Datei auf meiner Homepage www.agneswitte.de vor.

Folie 1



Erstmal vielen Dank für die Einladung zur AsF Projektgruppe Gleichstellung! Die Projektgruppe hat in ihrer letzten Sitzung um ein kurzes, einführendes Referat zum Thema Gender Budgeting gebeten. Es soll eine erste fachliche Grundlage für eine Entscheidung für – oder gegen – Gender Budgeting als Teil der Politik der AsF sein.

Die AsF wird maßgeblich dafür verantwortlich sein, die wichtigen gleichstellungspolitischen Ziele im nächsten SPD-Regierungsprogramm in Schleswig-Holstein zu formulieren und zu setzen:

- in den Parteigliederungen und auf den Parteitagen,
- für das Wahlprogramm, das Regierungsprogramm,
- für Koalitionsverhandlungen, den Koalitionsvertrag
- für Regierungshandeln und die Politik der SPD Landtagsfraktion der nächsten Legislaturperiode also für den Haushalt und für die Gesetze!

Ich bin gebeten worden, ein Referat zu halten. Es soll und kann keine Schulung sein. Daher werden viele Themen nur kurz angerissen ... und keineswegs umfassend erörtert.

Mein Referat wird drei Aspekte umfassen: Es wird um den politischen Hintergrund gehen, weiterhin werde ich etwas dazu sagen, wie Gender Budgeting funktionieren kann und hierzu Beispiele vorstellen ... und ich möchte drittens gerne die Gedanken wichtiger Frauen vorstellen, die Vorbilder und Vorkämpferinnen in Sachen Gender Budgeting sind.

Folie 2



Fachfrauen und Aktivistinnen: Lissy Gröner

Eine der ersten Vorkämpferinnen für die Durchsetzung der Rechte von Frauen und für die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Europäischen Union ist Lissy Gröner, die für die bayerische SPD bis 2009 im Europaparlament war. Sie war für die Sozialdemokratie Koordinatorin im Frauenausschuss.

Zu ihren politischen Schwerpunkten gehören der Schutz der Rechte der Frauen der Union und die damit verbundenen Gleichstellungsmaßnahmen, Chancengleichheit am Arbeitsmarkt und Arbeitsplatz, Umsetzung und Weiterentwicklung von Gender Mainstreaming, Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung aufgrund des Geschlechts.

Lissy Gröner ist Mitinitiatorin des Entschließungsantrags *"Gender Budgeting" – Aufstellung öffentlicher Haushalte unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten* im Europäischen Parlament (2003).

Folie 3



Deutsche EU Ratspräsidentschaft

Während der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 ging es um die *Road Map für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010*. In diese Zeit fiel die europäische Fachkonferenz "Die Verteilung macht's – Gleichstellung und soziale Gerechtigkeit durch geschlechtersensible Haushalte" des deutschen EU Vorsitzes.

Folie 4



Die Verteilung macht's

Wie Männer und Frauen – in unterschiedlichen Lebenssituationen und Lebenskontexten – von politischen Reformen und Maßnahmen betroffen sind, hängt entscheidend davon ab, wie Ausgaben geplant bzw. wie öffentliche Finanzen verwendet werden. Je genauer man darauf schaut, wo man eigentlich hin will desto wahrscheinlicher wird das Ziel zu erreichen sein.

Das klingt wie eine Binsenweisheit und tatsächlich wird selten ernsthaft bestritten, dass eine solche Wirkungsanalyse zu mehr Ziel- und Passgenauigkeit führt. Es geht um geschlechtergerechtes Management öffentlicher Finanzen. Die finanzpolitisch gängigen Methoden sind Soll-Ist-Vergleiche, Zielerreichungsgradmessung und Wirkungsforschung.

Folie 5



Nur einer staatlichen Ebene Gender Budgeting einzuführen wird nicht reichen.

In unserem föderalen System gibt es auf Ebene der Kommunen ganz andere Möglichkeiten für die Umsetzung von haushaltssteuernden Maßnahmen als beispielsweise auf der Landesebene, auf Ebene der nationalen Haushalte oder bei der Steuerung der Haushalte der Europäischen Union. Auf welcher Ebene immer: Das geschlechtergerechte Management öffentlicher Haushalte ist kein isolierter Prozess. Und es wird getragen von den konkreten Erfahrungen, die in den Regionen gemacht und für die europäische Union zusammengetragen werden.

Folie 6



Gleichstellungspolitik als Querschnittsaufgabe

Für Feministinnen eine Binsenweisheit: Gleichstellungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die Gender Dimension muss in der Politik aller Ressorts verankert sein.

Natürlich kommt der Finanzverwaltung eine ganz besondere Aufgabe zu, denn hier laufen die Fäden zusammen. Nach der Erfahrung der skandinavischen Länder jedoch geht das nicht ohne die aktive Gleichstellung durch das Gleichstellungsministerium ... und es geht, wie bei anderen Maßnahmen des Gender Mainstreaming, nicht ohne zwei Voraussetzungen:

1. braucht man einen Konsens auf oberster Verwaltungsebene und
2. ist ein politischer Auftrag des Parlaments mehr als hilfreich.

Folie 7



Eine wichtige Botschaft: Gender Budgeting ist ein Mehrwert fürs Haushaltsverfahren.

Gender Budgeting ist keine nervtötende Zeitverschwendung, die "als zusätzliche bürokratische Belastung" das Haushaltsverfahren erschwert. Verwaltungsmodernisierung und Entbürokratisierung einerseits und Gender Budgeting auf der anderen Seite sind keine Widersprüche, im Gegenteil.

Folie 8



Zahlen Daten Fakten gibt es reichlich

Auch müssen nicht neue bürokratische Untersuchungen angestellt werden. Für die Wirkungsanalysen, die zur zielgenauen Ausrichtung der Haushalte erforderlich ist, liegen weit mehr Daten vor als oft angenommen wird.

Was häufig fehlt, sind jedoch Verknüpfungen zwischen diesen Daten.

Das europäische Gleichstellungsinstitut in Litauen kann zukünftig Möglichkeiten eröffnen, genau diese Verknüpfung gleichstellungspolitischer Daten und Informationen vorzunehmen:

"Das geplante europäische Institut für Gleichstellungsfragen soll Expertise bereitstellen, die Wissensstand erhöhen und das Thema Gleichstellung stärker ins öffentliche Blickfeld rücken. (...) Die... Bewertung geschlechterspezifischer Auswirkungen und die Einbeziehung der Genderperspektive beim Haushaltsverfahren (Gender Budgeting) werden die Gleichstellung fördern und für mehr Transparenz und höhere Verantwortlichkeit sorgen."

Dieses Zitat aus dem *Fahrplan der Europäischen Kommission für die Gleichstellung von Frauen und Männern 2006-2010* macht deutlich worum es geht.

Folie 9



Deutsche Ratspräsidentschaft

"Geschlechterorientierte Haushalte sind Abbild und Voraussetzung erfolgreicher, gleichstellungsorientierter Politik."

Dies war das Fazit der Fachkonferenz unter Deutscher Ratspräsidentschaft. Die geschlechtergerechten Haushalte dokumentieren, dass Reformen Diskriminierung abbauen wollen.

Folie 10



Birgit Erbe

Eine Frau die aus der aktiven Umsetzung von Gender Budgeting in Deutschland kaum wegzudenken ist, ist Birgit Erbe von der Frauenakademie in München.

Neben vielen anderen Veröffentlichungen zum Gender Mainstreaming ist von ihr erschienen: *Kommunale Haushaltsplanung für Frauen und Männer. Gender Budgeting in der Praxis – Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven. Eine Untersuchung im Auftrag der Gleichstellungsstelle für Frauen der Landeshauptstadt München*

Folie 11



Die Grundfragen

Drei Grundfragen werden immer wieder von vorne gestellt, bis Gerechtigkeit erreicht ist und alle Beteiligten zufrieden sind. Es geht Schritt für Schritt und so oft wie nötig von vorn:

1. Wo geht welches Geld hin, wie ist die geschlechtsspezifische Verteilung der Haushaltsmittel?
2. Was macht das mit Männern, was macht das mit Frauen, also: welche Effekte produziert diese Verteilung jeweils auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern?
3. Wird unsere Gesellschaft davon gerechter oder wird sie es nicht?

Folie 12



Wie ist die Verteilung?

Folie 13-15



Bekommen die Frauen mehr, bekommen die Männer mehr ... oder ist das Verhältnis ausgeglichen?

Genau hingeschaut hat die Berliner Verwaltung. Berlin bietet ein besonders interessantes Beispiel, weil die Berliner Verwaltung zweistufig in zwei Senatsverwaltungen (entsprechend unseren Landesministerien) und zwölf Bezirksverwaltungen aufgebaut ist. Gender Budgeting wird in Berlin anhand unterschiedlicher Verfahrensweisen erprobt ...

Folie 16



Kameralistik und Produkthaushalt

Die Senatsverwaltung orientiert sich an den klassischen Titeln, die als kleinste Einheit die Einnahmen und Ausgaben der kameralistischen Haushaltsführung darstellen. Das funktioniert also ebenso wie im Landeshaushalt von Schleswig-Holstein.

Die Bezirke dagegen sind, wie schleswig-holsteinische Kommunen, Output-orientiert (Produkthaushalt) und untersuchen im Sinne einer geschlechtsdifferenzierten Nutzenanalyse, welche Angebote und Leistungen vermehrt von Mädchen/Frauen oder von Jungen/Männern in Anspruch genommen werden.

Um die Untersuchung übersichtlich zu halten, beschränkten sich die Senatsverwaltungen zunächst auf die Hauptgruppe 6, also Zuwendungen und Zuschüsse, und die Bezirksverwaltungen auf 56 ausgewählte Produktbereiche.

Folie 17



→ Grundfragen: Die erste Frage ist nun beantwortet.

Folie 18



Und als nächstes geht es darum, was die Verteilung der Haushaltsmittel jeweils für die Lebenswirklichkeit von Frauen und Männern bewirkt.

Folie 19 und 20



Das ist eine ziemlich schwierige Frage. Die größte Herausforderung von Gender Budgeting ist die Bewertung von Geschlechtergerechtigkeit einzelner Haushaltsentscheidungen, aber auch des Haushalts als Ganzem. Wenn man überprüfen will, wie einzelne Leistungen, die hinter den Haushaltstitel stecken, sich auf die Geschlechterverhältnisse auswirken, braucht man geeignete Indikatoren.

Und gute Vermittlerinnen ...

Folie 21



... Frauen wie Dr. Regina Frey,

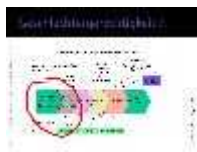
die auch die Berliner *Initiative für einen geschlechtergerechten Haushalt* mitgegründet hat.

Dr. Regina Frey vertritt das Genderbüro in Berlin. Ihre Schwerpunkte sind Beratung für die Umsetzung von Gender Mainstreaming und Gender Budgeting, theoretische und wissenschaftliche Fundierung von Gender Praxis, sie verfügt über vielfacher Projektpraxis und Vortragstätigkeiten im in und Ausland.

Auch wird sie bei der diesjährigen Veranstaltung der SPD Landtagsfraktion zum Thema *100 Jahre Frauenwahlrecht* in Kiel einen Vortrag halten.

Von einem anderen Vortrag, den sie gemeinsam mit Birgit Erbe gehalten hat, die ich bereits vorgestellt habe, stammt das folgende Schaubild:

Folie 22



Geschlechtergerechtigkeit?

Im mittleren, bunten, Block zeigte das Schema eine Wirkungskette, die mit der Festlegung der politischen Ziele und Prioritäten beginnt. Das genau ist die Rolle der AsF, denn was auf der politischen Fachebene – also hier! – nicht festgelegt wird, findet auch keinen Eingang in Parteiliederungen und auf Parteitage, ins Wahlprogramm, ins Regierungsprogramm, in die Koalitionsverhandlungen und den Koalitionsvertrag, in Regierungshandeln und in die Politik der SPD Landtagsfraktion, also in den Haushalt und die Gesetze.

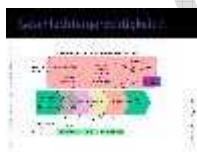
Folie 23



Input, Output, Outcome

Die Haushaltsmittel fließen ein in den *Input* für ein Programm oder eine Maßnahme wie zum Beispiel Arbeitskraft, Infrastruktur und Ausstattung. Das Ergebnis ist ein bestimmter *Output*, der konkrete Dienstleistungen oder Produkte umfasst. Und darüber hinaus gibt es einen *Outcome*, der die Wirkung beschreibt, die mit einem Programm erzielt wurde und im besten Fall zur Erreichung der politischen Ziele beiträgt.

Folie 24



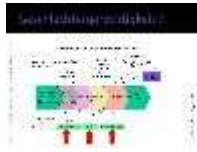
Teilhabegerechtigkeit

Zusätzlich zu den Leistungsindikatoren wird die Teilhabegerechtigkeit von Gender Budgeting gemessen, dabei werden die gängigen Kategorien wie beispielsweise *Alter* oder *soziale Schicht* oder *Bildungsabschluss* jeweils nach Geschlecht differenziert, wie das aus dem Gender Mainstreaming Prozess bekannt ist.

Während aber *Input* und *Output* relativ einfachen Zahlen bestimmbar sind müssen zur Messung von *Outcome* sozialwissenschaftliche Instrumente angewendet werden, beispielsweise in Form qualitative Analysen.

Vorsicht ist nötig bei allzu einfachen Erklärungen: Gesellschaftliche Veränderungen haben vielfältige Ursachen, das bedeutet, dass kausale Zusammenhänge schwer nachzuweisen sind. Möglich ist es jedoch, sich dem Zielerreichungsgrad gut anzunähern.

Folie 25



Prinzipien des öffentlichen Haushaltsplans

Gerade wenn es um ein neues Instrument geht, mit dem die Passgenauigkeit der öffentlichen Ausgaben verbessert werden soll, gelten die Prinzipien des öffentlichen Haushaltes: Sparsamkeit, Effizienz und Wirksamkeit.

Bei der *Sparsamkeit* geht es darum mit geringstmöglicher Mitteleinsatz ein bestimmtes Ergebnis zu erreichen, die *Effizienz* erfordert pro eingesetzter Inputeinheit möglichst von Output und die *Wirksamkeit* gibt den Grad der Zielerreichung, also das Outcome im Verhältnis zum Output oder Input an.

Folie 26



Damit wäre nun auch die Frage der Effekte, die Haushaltsmittel auf die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern produzieren, beantwortet.

Folie 27



Zu der dritten Grundfrage, ob damit bestehende Ungleichheiten verstärkt werden oder ob sie reduziert werden stelle ich eine Analyse-Matrix vor, die in Österreich, das bereits Gender Budgeting anwendet, eingesetzt wird.

Folie 28



Gender Budget in Österreich

Politisch steht für das geschlechtergerechte Budget in Österreich die Sozialdemokratin Gabriele Heinisch-Hosek. Sie war Abgeordnete zum Nationalrat, war Landesrätin für Gesundheit, Soziales und Jugendwohlfahrt. Seit Dezember 2008 ist sie Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst im Bundeskanzleramt. Außerdem ist sie seit Juni 2009 Frauenvorsitzende der sozialdemokratischen Partei Österreichs SPÖ.

"Manche Menschen glauben, dass es in Zeiten, in denen es um den Erhalt von Arbeitsplätzen, die Belebung der Wirtschaft und die Bewältigung der Finanzkrise geht, vielleicht nicht so richtig ist, über Frauen und Gleichstellungspolitik zu sprechen. Ich bin überzeugt, dass genau das Gegenteil der Fall ist."

Ich stelle in sechs Arbeitsschritten, dem österreichischen Modell entnommen, die Umsetzung von Gender Budgeting in Österreich vor.

Folie 29



Schritt 1: Klärung der Ausgangssituation

Zunächst einmal wird identifiziert, welche Maßnahme überhaupt untersucht werden soll. Wichtig ist auch, welche Zielsetzungen mit der Maßnahme eigentlich verfolgt werden und welche Zielgruppen erreicht werden sollen.

Schließlich, dass wird jede Haushälterin kennen, die in Land oder Kommune Verantwortung für die öffentlichen Mittel hat, ist es immer gut, im Vorweg zu wissen, welches Budget überhaupt zur Verfügung steht.

Folie 30



Schritt 2: Identifikation von Gender Themen

Das ist nun wirklich Alltag im Gender Mainstreaming Prozess:

Es wird danach geschaut, wie die Lebenssituation von Frauen und Mädchen sowie von Männern und Jungen in dem untersuchten Bereich aussieht.

Dies ist ein Bereich, in dem es sich besonders lohnt, mit bereits vorhandenen Fachleuten zusammenzuarbeiten. Das kann beispielsweise die kommunale Gleichstellungsbeauftragte sein, das können Nichtregierungsorganisationen sein, die in dem jeweiligen Bereich arbeiten, das können Expertinnengruppen sein. Nicht zu unterschätzen sind auch die Qualifikation der Fachfrauen und Fachmänner, die aus den öffentlichen Verwaltungen selbst kommen.

Wer überhaupt die Nutzerinnen und Nutzer sind, welche Interessen und welche Bedürfnisse sie haben, ist eine relevante Frage. Eine weitere relevante Frage, die einige Kernpunkte sozialdemokratischer politischer Praxis berührt, ist, auf welche Weise im untersuchten Bereich Entscheidungen getroffen werden: Was gibt es für Mitbestimmungs-Regeln, wie werden Kinder und Jugendliche beteiligt, gibt es Beiräte oder Beauftragte?

Folie 31



Schritt 3: Gender sensitive Analyse

Was bewirkt die gegenwärtige Budgetmittelverwendung: Werden geschlechtsspezifische Unterschiede verstärkt, verringert oder bleiben sie unverändert?

Folie 32



Analyse der Beschäftigungs- und Einkommenssituation

Hier nähern wir uns einem Kernfeld des Gender Mainstreaming, den Zugang zu Ressourcen.

Gender Pay Gap, Unterschiede bei den Aufstiegs und Karrieremöglichkeiten, unterschiedliche Behandlung beim Zugang zu den Arbeitsmarktinstrumenten usw. machen diesen Aspekt zu einem zentralen und sensiblen Teil der Analyse. Immer muss es darum gehen, welche Arbeitsverhältnisse für Frauen und für Männer mit der geplanten Maßnahme geschaffen werden und welche verändert oder manifestiert werden. Das gilt sowohl für die Einrichtungen, die öffentliche Leistungen erhalten als auch für die öffentlichen Kostenträger selbst. Geschlechter spezifische Einkommenseffekte sollten durch die Nutzung von Gender Budgeting nicht verstärkt werden, im Gegenteil.

Es ist auch möglich, dass diese Frage überhaupt nicht relevant ist, beispielsweise, wenn die Zielgruppe gar keine Beschäftigungs- und Einkommenssituation hat (Jugendliche, Ältere...) oder sie für das Gender-Thema in der konkreten Förderung nicht relevant ist (zum Beispiel bei der Förderung von Beteiligung/Partizipation).

Folie 33



Analyse der Inanspruchnahme von Leistungen

Eine weitere Frage bei der Analyse ist, welche Leistungen von Frauen und von Männern welche Ausmaß in Anspruch genommen werden und wie diese Leistungen zusammenpassen mit dem Bedürfnissen und den Interessen von Frauen und Männern ... die, das ist bekannt, durchaus unterschiedlich sein können. Warum nehmen Frauen und Männer bestimmte Leistung unterschiedlich in Anspruch? Liegt es an den Leistungen, liegt es an den verschiedenen Grundinteressen und wer hat Einfluss auf die Gestaltung der Leistung?

Hierbei sollte auch berücksichtigt werden, welche demokratischen Beteiligungsstrukturen bisher bei der Ausgestaltung der Leistung genutzt werden.

Folie 34



Analyse der Wirkungen

Bei der Frage, wie die kurzfristigen und langfristigen inhaltlichen Zielsetzungen der Maßnahme erreicht werden, kommen wieder die Aspekte zum Tragen, die vorhin mit der Geschlechtergerechtigkeits-Matrix vorgestellt wurden:

Wir wollen wissen, welche Auswirkungen sich auf die Geschlechterverhältnisse ergeben bzw. welche vermutet werden können. Auch hier gelten, wie vorhin gesagt, die Einschränkungen im Bezug auf die Eindeutigkeit bzw. Kausalität.

Folie 35



Schritt 4: Konkretisierung der anzustrebenden Ergebnisse anhand von Indikatoren

In diesem Schritt geht es darum zu beschreiben, welche gleichstellungspolitischen Ziele durch die jeweilige Maßnahme erreicht werden sollen. Es geht also um genau die Ziele, die frühzeitig in jedem Gender Mainstreaming Prozess definiert werden.

Dies ist auch der Zeitpunkt, zu dem die quantitativen und qualitativen Indikatoren festgelegt werden, anhand derer die Evaluation erfolgt. Und es ist der richtige Zeitpunkt, um darüber nachzudenken, an welchen Stellen mehr demokratische Mitbestimmungsstrukturen eingesetzt werden können.

Folie 36



Schritt 5: Maßnahmen für eine geschlechtergerechte Budgetgestaltung

Nach all diesen Vorüberlegungen wird überlegt, welche budgetpolitischen Maßnahmen notwendig sind ... und zwar unterschiedlich danach, ob wir einen (kommunalen) Produkthaushalt oder einen kameralistischen Haushalt haben.

Und auch hier ist das klassische Gender Mainstreaming-Geschäft ein zentraler Bestandteil, denn genau jetzt wird festgelegt, wer für die Umsetzung der Maßnahme zuständig ist. Damit kann beispielsweise vermieden werden, dass es einen aufwändig vorbereiteten politischen Beschluss mitsamt Entscheidung der obersten Verwaltungsebene gibt, der, aus welchen Gründen auch immer, von der Verwaltung einfach nicht umgesetzt wird.

Folie 37



Schritt 6: Erfolgskontrolle und Evaluierung

Als nächstes wird durchgezählt, welche der vorgeschlagenen Maßnahmen umgesetzt wurden, welche nicht und wer dafür verantwortlich ist.

Die Verbesserung der demokratischen Mitbestimmung und Partizipationsprozesse sollte spätestens jetzt intensiv erörtert werden.

An dieser Stelle sind auch Vorschläge für ihre Verbesserung und Intensivierung angebracht.

Und schließlich geht es um die globale Frage, ob die gleichstellungspolitischen Zielsetzungen erreicht wurden bzw. (wenigstens) Fortschritte in die beabsichtigte Richtung erfolgt sind.

Folie 38



Dr. Barbara Stiegler

Eine Frau, die in diesen Fragen kompetent weiterhelfen kann, ist Dr. Barbara Stiegler von der *Friedrich Ebert Stiftung*. Sie arbeitet seit 1992 in der wissenschaftlichen Politikberatung. Sie hat unter anderem gearbeitet über Frauenarbeit als bezahlte und unbezahlte Arbeit, über Erziehungsgehalt, über den materiellen Gegenwert von Frauenarbeit und über die Zukunft der Frauenarbeit im gesellschaftlichen Diskurs. Bereits seit 1998 befasst sich Dr. Stiegler verstärkt mit Forschung, und Konzepten zur Qualifizierung und Beratung verschiedener Zielgruppen zum Thema Gender Mainstreaming.

Folie 39



Verbündete

Gender Budgeting funktioniert nicht ohne Kooperation und enge Vernetzung.

Folie 40



Verbündete: Gender Budgeting Initiativen

Wichtige Verbündete können Gender Budgeting Initiativen sein, Initiativen für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung, wie es sie beispielsweise in Berlin, Köln, München oder auf Bundesebene gibt.

Bei der *Initiative für eine geschlechtergerechte Haushaltsführung* in Berlin haben sich im Mai 2001 Frauen aus Nichtregierungsorganisationen, Stiftungen, Wissenschaft, Parteien und Gewerkschaften engagiert. Sie machen auf Berliner Ebene Lobbyarbeit für die Einführung des Instruments Gender Budgeting. Prägnant waren die sehr konkreten Forderungen:

So sollte Gender Budgeting innerhalb der laufenden Legislaturperiode umgesetzt werden, verlangt wurden Transparenz und Einbeziehung der Bevölkerung insbesondere von Lesben/Frauen, Mädchen und Migrantinnen, Initiativen und Fachfrauen.

Gefordert wurde auch eine wissenschaftliche Budgetanalyse und die ständige Einbeziehung durch öffentliche Anhörung schließlich sollten die Ergebnisse veröffentlicht und debattiert werden und ein Plan mit konkreten Zeit und Zielvorgaben beschlossen werden der zu einer geschlechtergerechten Verteilung öffentlicher Mittel führt.

Bei einem so konkreten Forderungskatalog sind Missverständnisse kaum noch möglich.

Folie 41



Verbündete: Gleichstellungsbeauftragte

Viele aktive Feministinnen in Schleswig-Holstein sind – mit Recht! – immer noch sehr enttäuscht darüber, dass die Einwohnerinnengrenze für eine hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragten in der letzten Legislaturperiode auf 15.000 heraufgesetzt wurde. Hauptamtliche kommunale Gleichstellungsbeauftragte waren eines der zentralen Instrumente zur Gleichstellung von Frauen und Männern, nachdem die SPD 1988 in Schleswig-Holstein an die Regierung gekommen war.

Bei allen Abnutzungseffekten: In Schleswig-Holstein arbeiten zurzeit immer noch mehr als 50 hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte. Sie setzen sich für Förderung der Chancengleichheit ein, für den Abbau struktureller Benachteiligungen von Frauen und Mädchen, sie vertreten aktuelle frauenpolitische Themen gegenüber Politik und Öffentlichkeit und sie sind Fachfrauen, wenn es darum geht, herauszufinden: Wo ist bei diesem oder jenem Thema überhaupt der Gender-Aspekt?

Folie 42



Verbündete: Budgetverantwortliche

Stellvertretend für alle Haushälter steht hier Peer Steinbrück, der als Finanzminister deutlich machte: Wenn Gleichstellung und Effizienz stimmen, bin ich auf ihrer Seite.

Folie 43



Damit sind die drei Grundfragen in einer ersten Runde beantwortet.

Folie 44



Vorbild, Fachfrau und „gute Nachrednerin“: Zita Küng

Abschließend möchte ich zu den Vorbildern und den Vorkämpferinnen, den Fachfrauen und Aktivistinnen Zita Küng vorstellen, die "Erfinderin" des Prinzips der *guten Nachrede*:

Neben der Lehrtätigkeit an Fachhochschulen und Universitäten mit den Schwerpunkten Gendertraining, Strategieentwicklung, Networking, Gender Mainstreaming berät Sie Verwaltungen, Organisationen, Hochschulen und Betriebe auch zu Gender unter diversity Management; dies in Deutschland Österreich und der Schweiz ihre letzte Veröffentlichung ist das Praxisbuch "Gleichstellungsmanagement als Erfolgsfaktor", gemeinsam mit Doris Doblhofer.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit, auf der nächsten Seite zeige ich noch einige Quellen und Links die zum Thema interessant sind und ich freue mich auf die Diskussion.

Folie 45



Links / Quellen

agneswitte.de